



Zweifronten-Kampf

Die Versuche, die Umsetzung des von Volk und Ständen am 29. November 2009 mit sehr deutlichem Mehr beschlossenen Minarettverbots zu hintertreiben, nehmen an Hartnäckigkeit zu.

Der Kampf für die korrekte Umsetzung des Minarettverbots gemäss Abstimmungsentscheid muss an zwei Fronten geführt werden.

Muslimische Aktivisten

In Genf domizilierte muslimische Aktivisten haben die Schweiz beim **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte** in Strassburg eingeklagt: Strassburg müsse die Schweiz zwingen, das Minarettverbot **rückgängig** zu machen. Vernehmlassungen beim Bundesgericht in Lausanne und beim Bundesrat laufen. Der Entscheid, ob ein formelles Verfahren gegen die Schweiz eingeleitet werden soll, steht noch aus.

Parallel dazu strengen die gleichen muslimischen Kreise auch **Strafverfahren** an gegen Sprecher der Minarettverbots-Initiative wegen angeblicher Verletzung der Rassismus-Strafnorm. Auch dazu steht die Entscheidung, ob Verfahren eröffnet werden, noch aus.

Via **ausländische und schweizerische Gerichte** wollen diese Muslim-Aktivisten den **Schweizer Volksentscheid aushebeln**.

Völkerrechts-«Interpreten»

Als zweite Front kämpft auch der sog. Club Helvétique für die Annullierung des Minarettverbots und die Unterordnung der Schweizer Demokratie unter internationale Oberhoheit. Dies ist das Hauptanliegen von alt Bundesrichter **Giusep Nay**, der nicht verwinden kann, dass die SVP ihm die angestrebte Karriere am Strassburger Gerichtshof durchkreuzt hat. Er wird unterstützt vom skrupellosesten Spesenabzocker unter der Bundeskuppel, alt Armee-Abschaffer **Andy Gross** (SP ZH), der die Direkte Demokratie sozialistischer Vorzensur unterstellen möchte.

Ihre ursprüngliche Idee, eine **Volksinitiative** zur Beschränkung der Direkten Demokratie zu lancieren, haben die Exponenten des Club Helvétique offenbar fallengelassen: Das Unterschriften-Sammeln erscheint diesen vornehmen Herren als allzu mühsam. Sie glauben, mittels **direkter Einflussnahme auf die Bundesverwaltung** unter Nutzung von recht eigenwillig interpretiertem «Völkerrecht» rascher zum Ziel zu kommen. Eigenwillig ist «ihr Völkerrecht», weil es zu im Namen des Islam gegen Frauen ausgeübter Gewalt (Züchtigung, Steinigung) ebenso alle Augen verschliesst wie gegenüber menschenrechtsverletzender, schwerer Verfolgung christlicher Minderheiten in islamischen Staaten...

Und der Bundesrat?

Der Bundesrat – eigentlich die Instanz, die den vom Volk als Souverän geäusserten Willen umzusetzen hätte – hüllt sich in **Schweigen**. Gemäss Verfassung müsste er, wenn der Kanton Bern eine Minarett-Bewilligung für **Langenthal** ausspricht, **im Namen des Volkes Einspruch erheben** und die Bewilligung aufheben. Hat die Landesregierung doch nach der Minarettverbots-Abstimmung ausdrücklich verfügt, dass der Abstimmungsentscheid sofort umzusetzen sei, insbesondere auch gegen bereits laufende oder angekündigte Bewilligungsbegehren für zusätzliche Minarette.

Jetzt will er den Entscheid dem **Bundesgericht** überlassen – wohl wissend, dass gemäss schweizerischem Verfassungsrecht kein Gericht berechtigt ist, einen in Eidgenössischer Abstimmung getroffenen Volksentscheid zu korrigieren oder zu annullieren.

Der Kampf gegen die Islamisierung der Schweiz, gegen religiös getarnte politische Machtansprüche zur Hintertreibung von in der Bundesverfassung garantierten Volksrechten, Grund- und Freiheitsrechten geht also weiter.

Ulrich Schlüer

■ **KEIN MINARETT**



■ **KEIN MUEZZIN**
■ **KEINE SCHARIA**

Das Bulletin

«Kein Minarett – Kein Muezzin – Keine Scharia»

vermittelt kurze, prägnante Stellungnahmen und Dokumentationen über alle Versuche zur
Islamisierung der Schweiz.

Ausführliche **Hintergrundinformation** zu Islamisierungs-Bestrebungen vermittelt Ihnen
die

«Schweizerzeit»

alle vierzehn Tage.

Kennen Sie die «Schweizerzeit»?

Gerne senden wir Ihnen auf Wunsch Probenummern.

[Hier klicken](#)